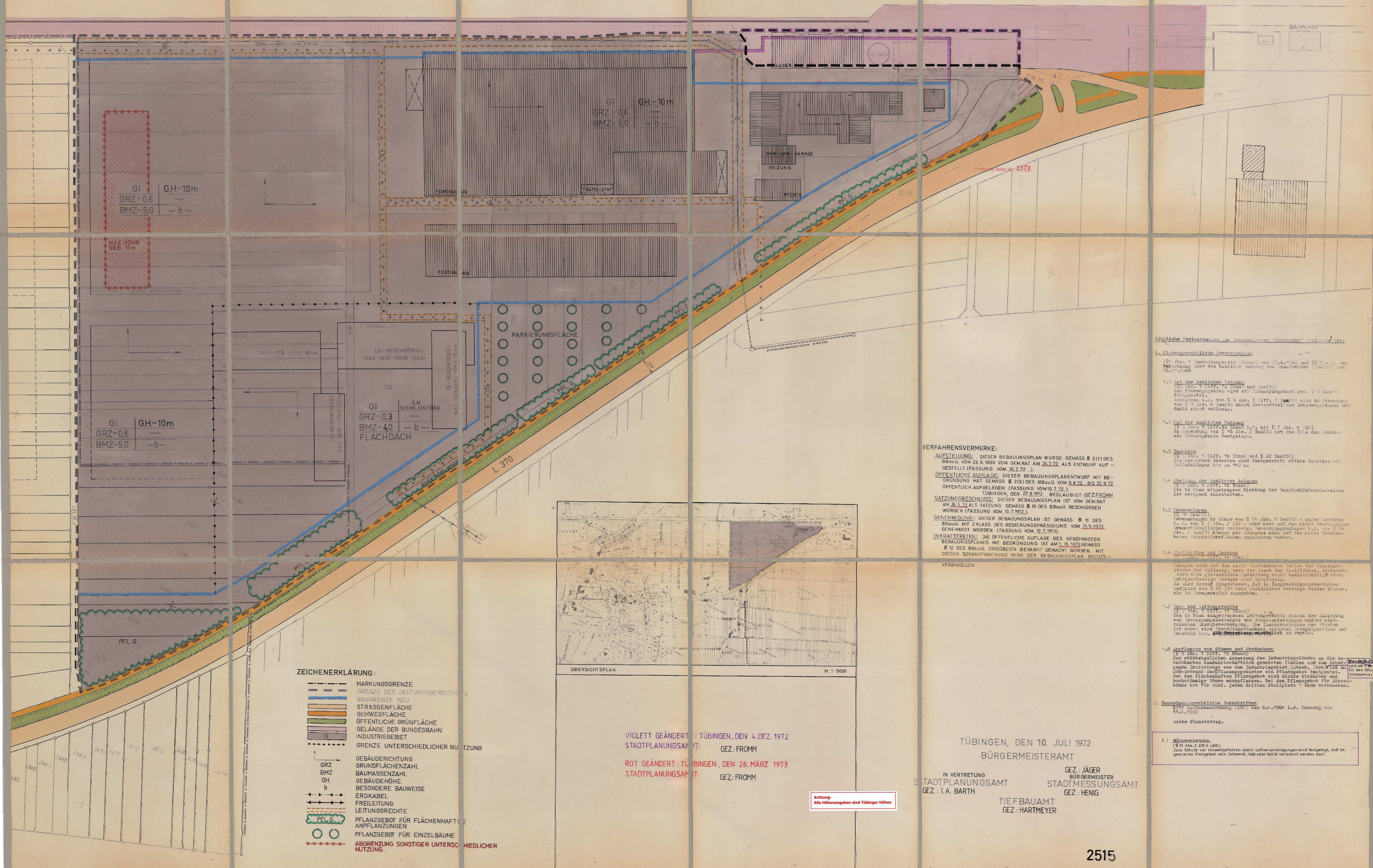


BEBAUUNGSPLAN „BONLANDEN“ (ÖSTLICHER TEIL)



M. 1:500



- ZEICHENERKLÄRUNG:**
- MARKUNGSGRENZE
 - GRENZE DES GELTUNGSBEREICHES
 - BAUGRENZE NEU
 - STRASSENFLÄCHE
 - GEWEGFLÄCHE
 - ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
 - GELÄNDE DER BUNDESBahn
 - INDUSTRIEGEBIET
 - GRENZE UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
 - GEBÄUDERICHTUNG
 - GRZ
 - BMZ
 - GH
 - b
 - ERDKABEL
 - FREILEITUNG
 - LEITUNGSRECHTE
 - PFL. G.
 - PFLANZGEBOT FÜR FLÄCHENHAFT ANPFLANZUNGEN
 - PFLANZGEBOT FÜR EINZELBÄUME
 - ABGRENZUNG SONSTIGER UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG



ÜBERSICHTSPLAN M. 1:5000

VIOLETT GEÄNDERT: TÜBINGEN, DEN 4. DEZ. 1972
STADTPLANUNGSAMT: GEZ.: FROMM

ROT GEÄNDERT: TÜBINGEN, DEN 26. MÄRZ 1973
STADTPLANUNGSAMT: GEZ.: FROMM

Achtung:
Alle Höhenangaben sind Tübinger Höhen

VERFAHRENSVERMERKE:

AUFSTELLUNG: DIESER BEBAUUNGSPLAN WURDE GEMÄSS § 2 (1) DES BBODG VOM 23.6.1960 VOM GEM. RAT AM 24.7.72 ALS ENTWURF AUFGESETZT (FASSUNG VOM 30.12.72).

ÖFFENTLICHE AUFLAGE: DIESER BEBAUUNGSPLANENTWURF MIT BEGRÜNDUNG HAT GEMÄSS § 2 (6) DES BBODG VOM 9.8.72 BIS 22.8.72 ÖFFENTLICH AUFGELEGEN (FASSUNG VOM 10.7.72).

TÜBINGEN, DEN 22.9.1972 BEGlaubigt: GEZ. FROMM

SATZUNGSBESCHLÜSS: DIESER BEBAUUNGSPLAN IST VOM GEM. RAT AM 23.7.72 ALS SATZUNG GEMÄSS § 10 DES BBODG BESCHLOSSEN WORDEN (FASSUNG VOM 10.7.1972).

GENEHMIGUNG: DIESER BEBAUUNGSPLAN IST GEMÄSS § 11 DES BBODG MIT ERLAß DES REGIERUNGSPRÄSIDIUMS VOM 24.9.1972 GENEHMIGT WORDEN (FASSUNG VOM 10.7.1973).

INKRAFTTRETEN: DIE ÖFFENTLICHE AUFLAGE DES GENEHMIGTEN BEBAUUNGSPLANES MIT BEGRÜNDUNG IST AM 1.10.1973 GEMÄSS § 12 DES BBODG ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN. MIT DIESER BEKANNTMACHTUNG WIRD DER BEBAUUNGSPLAN RECHTSVERBÜNDLICH.

TÜBINGEN, DEN 10. JULI 1972
BÜRGERMEISTERAMT

IN VERTRETUNG
STADTPLANUNGSAMT
GEZ.: I.A. BARTH

GEZ.: JÄGER
BÜRGERMEISTER
STADTMESSUNGSAMT
GEZ.: HENIG

TIEFBAUAMT
GEZ.: HARTMEYER

- Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan „Bonlanden“ östlicher Teil**
- 1. Planungsrechtliche Festsetzungen:**
- 1.1 Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBodG und § 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Das Planungsgebiet wird als Industriegebiet gen. § 9 BauNVO festgesetzt.
Ausnahme i.S. von § 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG sind in Anwendung von § 9 Abs. 4 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und damit nicht zulässig.
- 1.2 Teil der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBodG i.V. mit § 9 Abs. 4 Nr. 1 BBodG)
In Anwendung von § 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG ist die Höhe der Gebäude als Höchstgrenze festgelegt.
- 1.3 Bauweise**
(§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG und § 22 BauNVO)
Als Bauweise der Bebauung wird festgesetzt: offene Bauweise mit Gebäudelängen bis zu 150 m.
- 1.4 Stellung der baulichen Anlagen**
(§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Die in den Plan eingezeichnete Richtung der Hauptgebäudeansichten ist zwingend einzuhalten.
- 1.5 Verkehrsregeln**
(§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Verkehrsregeln in Sinne von § 74 Abs. 1 BauNVO - außer Gehwegen i.S. von § 2 Abs. 2 Nr. 1 BBodG - sind auch auf den nicht überbauten öffentlichen Flächen, Versorgungsanlagen i.S. von § 74 Abs. 2 BauNVO können als Ausnahme auch auf den nicht überbauten Grundstücksflächen zugelassen werden.
- 1.6 Stellplätze und Carports**
(§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Carports sind auf den nicht überbauten Teilen der Baugrundstücke nur zulässig, wenn der Zweck der Freiflächen, insbesondere ihre gärtnerische Gestaltung nicht beeinträchtigt wird. Niedrigere Carports sind unzulässig.
Es wird darauf hingewiesen, daß in Baugenehmigungsverfahren aufgrund von § 69 Abs. 1 Nr. 1 Stellplätze verlangt werden können, die in Carportform angegeben sind.
- 1.7 Leitungsrechte**
(§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Die in den Plan eingezeichneten Leitungsrechte dienen der Einlegung von Versorgungsleitungen und Abwasserleitungen und der elektrischen Versorgungsleitungen, die Versorgungsleitungen der Fläche ist durch eine Grunddienstbarkeit zwischen Grundstückseigentümer und Grundstück des Bauherrn festzulegen.
- 1.8 Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern**
(§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Zur städtebaulichen Ausgestaltung des Industriegebietes sind die benachbarten landwirtschaftlich genutzten Flächen und zum Schutz gegen Zerstörungen aus dem Industriegebiet (Staub, Lärm) ein Mindestanpflanzungsgebot mit Pflanzgebot festzusetzen.
Bei den Flächenanpflanzungen sind dichte Sträucher und hochstämmige Bäume anzupflanzen. Bei dem Pflanzgebot für Einzelbäume ist für ein Drittel der Stellplätze 2 Baum vorzusehen.
- 2. Bauordnungsrechtliche Vorschriften**
(§ 10 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Zur Ausführung des Bebauungsplanes ist die Anwendung von § 10 Abs. 2 Nr. 1 BBodG i.S. der Fassung vom 11.4.1972.
siehe Pläneintrag.
- 3. Wärmeverordnung**
(§ 11 Abs. 2 Nr. 1 BBodG)
Zum Schutz vor Umweltschäden durch Luftverunreinigungen wird festgelegt, daß im gesamten Planungsgebiet kein Schweröl, Heizöl oder Kohle verwendet werden darf.